

Die Neue Zeit

Wochenschrift der Deutschen Sozialdemokratie

1. Band Nr. 1

Ausgegeben am 4. Oktober 1918

37. Jahrgang

Nachdruck der Artikel nur mit Quellenangabe gestattet

Die Londoner Anti-Friedenskonferenz.

Von Heinrich Cunow.

Berichte über wichtige Ereignisse des inneren politischen Lebens Englands dringen heute nur langsam auf dem Umweg über Holland, die Schweiz oder die skandinavischen Länder in die deutsche Presse, und dann meist in der frustrierten Fassung, die das Reutersche Telegraphenbureau seinen für das Ausland bestimmten Nachrichten im Dienste des englischen Auswärtigen Amtes zu geben beliebt. Es bedürfen daher auch die ersten kurzen Berichte, die die Tagespresse über die Tagung der Londoner interalliierten Arbeiterkonferenz veröffentlicht hat, verschiedener Korrekturen, und zwar trifft in den nachträglich ausführlicheren Berichten der Einfluß der in England durch die Erfolge an der Somme und Aisne aufgepeitschten Kriegseidenschaft noch schärfer hervor als in den ersten telegraphischen Meldungen, zugleich aber auch, daß die französischen Delegierten, obgleich man gewöhnlich dem französischen Volkscharakter eine ganz besondere Neigung zu lächem Stimmungswechsel zuschreibt, auf der Konferenz eine weit kühlere abwägende Haltung gezeigt haben als die englischen Gewerkschaftsführer und selbst als manche Vertreter der englischen Unabhängigen Arbeiterpartei. Vornehmlich hat Longuet, der Führer der einstigen französischen Parteiliniertheit und jetzigen Parteimehrheit, sich als ein Politiker gezeigt, der die politische und militärische Lage kühl abzuschätzen versteht.

Daß die zum 17. September einberufene interalliierte Arbeiterkonferenz eine noch kriegslustigere Physiognomie zeigen werde als die ihr vorausgegangene, am 24. und 25. Februar dieses Jahres abgehaltene Zusammenkunft und daher denen, die auf eine zunehmende Friedensstimmung in der englischen Arbeiterschaft hoffen, eine schmerzliche Enttäuschung bereiten würde, war vorauszusehen. In allen Fragen, die nicht direkt Arbeiterverhältnisse und gewerkschaftliche Organisation betreffen, vor allem aber in der Beurteilung auswärtiger Angelegenheiten, ist die englische Arbeiterschaft, die ja eigene Parteiblätter nicht besitzt, immer von der bürgerlichen Presse völlig abhängig gewesen; und diese Abhängigkeit hat im Kriege eher zu als abgenommen. Es war daher ganz selbstverständlich, daß die Kriegspychose, die zurzeit in einem großen Teil der englischen kapitalistischen Blätter hervortritt, sich auch auf die Führer und die Gefolgschaft der englischen Arbeiterpartei übertragen werde, zumal in den unteren und mittleren Schichten Englands die Kenntnis ausländischer Verhältnisse noch geringer ist als in Deutschland, Frankreich, Holland oder den skandinavischen Ländern.

Dazu kommt, daß inzwischen Samuel Gompers als Agent Wilsons mit einigen Gewerkschaftsfreunden und der von der Wilsonschen Regierung herübergeschickten Spezialgesandtschaft ehemaliger sozialistischer Intellektueller für die energische Fortsetzung des Krieges eine geschickte Stimmungsga-

mache betrieben hatte, und daß ferner, wenn man von Frankreich abstieht, die eigentlichen sozialistischen Parteien der mit England verbündeten Länder keine Delegationen zur Londoner Konferenz gesandt hatten. An die amerikanischen Sozialisten, die man schon von der Februar-Konferenz ausgeschlossen hatte, war auf Betreiben Compers überhaupt keine Einladung ergangen. Die offizielle sozialistische Partei Italiens hatte die Teilnahme an den Verhandlungen mit der Begründung abgelehnt, daß sie die Zulassung von Elementen — gemeint sind Compers und die Wilsonschen Auch-Sozialisten — nicht zu billigen vermöchte, die nicht der Internationale angehörten, überdies aber wünsche sie nicht eine neue Kriegszieldiskussion, sondern die schnelle Einberufung eines allgemeinen Arbeiterfriedenskongresses. Ebenso fehlten die Bolschewiki, der linke Flügel der Sozialisten-Revolutionäre, die Internationalisten und die Menschewiki-Internationalisten, während die in Stockholm weilenden Vertreter des rechten Flügels der Menschewiki zwar eine offizielle Einladung zur Konferenz, aber keine rechtzeitige Einreiseerlaubnis der Lloyd Georgeschen Regierung erhalten hatten. An Stelle dieser Gruppen war als Vertreter des russischen Proletariats Herr Alexander Fjedorowitsch Kerenki, als Vertreter des italienischen Sozialismus einige kriegsbegeisterte halbsozialistische Reformisten erschienen, so daß auf der diesmaligen Konferenz, wenn man von einer Anzahl französischer Sozialisten und einigen Vertretern der englischen Independent Labour Party abstieht, jene politischen Richtungen, die man in Deutschland als sozialdemokratisch bezeichnet, fast unvertreten waren. Eine Tatsache, die zur Genüge erklärt, wie Herr Compers, der auf der Konferenz ungefähr mit gleicher Selbstgefälligkeit als Gönner der englischen Arbeiterschaft auftrat wie neuerdings Wilson gegenüber England und Frankreich, ohne energischen Widerspruch zu finden, dagegen zu protestieren vermochte, daß einige Redner fortgesetzt für die Teilnehmer an der Konferenz das Wort »Sozialisten« gebraucht hätten.

Daß unter solchen Umständen, wenn auch viel vom Frieden geredet wurde, unter den Versammelten wenig Neigung für den baldigen Beginn von Friedensverhandlungen und die Annahme des Burianschen Vorschlags vorhanden war, ist begreiflich. Nach den ersten telegraphischen Meldungen Reuters schien es, als hätte die Konferenzmehrheit zwar nicht direkt auf Annahme des Burianschen Vorschlags gedrängt, aber immerhin eine wohlwollende Beantwortung der österreichischen Note empfohlen und sich gegen die schnellfertige robuste amerikanische Antwort erklärt. Tatsächlich waren es nur einige wenige sozialistische Redner, die sich zu einer derartigen Kritik des Lansing'schen Absfertigungsverfahrens bewegen fühlten, wie denn auch die von der eingesetzten Kommission in der Form eines Berichts vorgelegte Friedensfeindliche Resolution schließlich fast allgemeine Zustimmung gefunden hat.

Diese für die Auffassung der meisten Delegierten recht charakteristische Resolution, die noch einst für die Entwicklungsgeschichte der Arbeiterbewegung den Wert eines wichtigen historischen Dokuments haben dürfte, lautet in deutscher Übersetzung:

Die Konferenz hat der Note, die die österreichisch-ungarische Regierung an alle Kriegführenden gerichtet hat, die vollste Erwägung geschenkt. Indem Österreich-

Ungarn den letzteren eine Geheimkonferenz zur Erörterung der Möglichkeiten des Friedens vorschlägt, wünscht die österreichisch-ungarische Regierung offenbar, der Sehnsucht der Völker nach Frieden den Anschein der Genugtuung zu geben und auf die Regierungen der Entente die Verantwortung für die Fortsetzung des Krieges zu laden. Die Tatsache, daß es bisher noch nicht bekannt ist, ob die Initiative in dieser Friedensoffensive von Österreich-Ungarn allein oder gemeinsam von den beiden Zentralmächten ausgeht, scheint anzudeuten, daß der österreichische Vorschlag mehr durch die Sorge diktiert wurde, den inneren Zusammenhang der Monarchie zu stärken, als durch den Wunsch, wirksam bei der Regelung des Weltkonflikts mitzuwirken. Die Konferenz ist der Ansicht, daß die alliierten Regierungen eine sehr schwere und gefährliche Verantwortung auf sich laden würden, wenn sie eine rein negative Politik annehmen würden. Die alliierten Regierungen sollten in ihrer Antwort die Identität der Ansichten durch eine enge und fortdauernde Zusammenarbeit herbeiführen und in einer Kollektivklärung ihre Ziele und Ansichten klar machen. Sie sollten ihre Unterschrift zu den von Wilson formulierten 14 Punkten geben und dermaßen eine Politik der Klarheit und Mäßigung gegenüber einer Politik annehmen, die ausschließlich durch die Änderungen auf der Kriegskarte diktiert wird, und schließlich sollten sie ihre Opponenten mit Bezug auf deren allgemeine und besondere Kriegsziele befragen, die niemals definiert worden sind. Auf diese Weise sollten die alliierten Regierungen den arbeitenden Klassen die Verantwortung für die Wahl unter den vorgeschlagenen Lösungen auferlegen. Die Regierung der Vereinigten Staaten ist bereits instande gewesen, den Vorschlag der österreichisch-ungarischen Regierung zu verwerfen, indem sie bemerkte, daß sie infolge der bereits durch sie erfolgten klaren und öffentlichen Formulierung ihrer Kriegsziele nicht die Nützlichkeit einsehe, die gleichen Erklärungen in einer geheimen Konferenz zu wiederholen. Durch die Definierung ihrer eigenen Kriegsziele gemeinsam mit den Vereinigten Staaten, mit der gleichen Genauigkeit und Klarheit, werden die alliierten Regierungen den Arbeitern der Welt die Überzeugung beibringen, daß sie entschlossen sind, den Kampf fortzusetzen, nicht um der Angriffslust der Zentralmächte durch die Durchführung eines Eroberungskrieges ihrerseits zu begegnen, sondern zu dem einzigen Zweck, eine unangreifbare Grundlage für einen Frieden zu schaffen, der gerecht und dauerhaft und in Übereinstimmung mit den Bestrebungen der internationalen Demokratie sein wird.

Die österreichische Note wird demnach gar nicht als Friedensangebot betrachtet, sondern als ein bloßes Manöver, die habsburgische Monarchie zu besetzen. Dementsprechend wird auch nicht an die Ententeregierungen die Forderung gerichtet, das österreichische Angebot anzunehmen oder zum mindesten zu prüfen, ob es nicht einen Anlaß zur Einleitung von Friedensverhandlungen bietet, sondern lediglich verlangt, daß die Ententemächte in ihrer Antwort diplomatisch verfahren und nicht den Vorschlag einfach ablehnen wie die Wilsonsche Regierung. Sie sollen vielmehr mit einer Kollektionen antworten, die ihre eigenen Kriegsziele darlegt und zugleich von der österreichischen Regierung eine ähnliche Angabe der österreichischen Ziele (richtiger Zugeständnisse) fordert.

Von einigen Delegierten wurde in der Debatte denn auch der Wortlaut der Resolution scharf kritisiert. Der französische Gewerkschafter Merrheim von der Confédération du Travail forderte eine sorgfältige Erwägung des österreichischen Angebots und tadelte die schroffe Zurückweisung der Burianschen Note durch die Wilsonsche Regierung, die nicht einmal für nötig gehalten habe, sich mit den anderen Ententestaaten vorher zu verständigen.

Ebenso fand der frühere französische Munitionsminister Albert Thomas, daß das undiplomatische Verfahren der amerikanischen Regierung recht seltsam erscheine; eine vorherige Verständigung mit den Verbündeten wäre, auch wenn sie mehrere Tage beansprucht hätte, nötig gewesen. Dagegen hielt Herr Vandervelde die kurze Zurückweisung der Note durch die amerikanische Regierung für ganz richtig, da der Buriansche Vorschlag keiner ehrlichen Friedensabsicht entspringe. Ramsay MacDonald meinte, die Resolution sei eben ein Kompromiß und dürfe deshalb nicht so genau unter die Lupe genommen werden, doch müsse auch er gestehen, daß er mit dem Vorgehen der Wilsonschen Regierung nicht einverstanden sei. Außerdem aber vermöge er nicht zu billigen, daß in der Resolution nur auf die vierzehn Forderungen Wilsons Bezug genommen würde. Stimmten diese auch im wesentlichen mit der von der Februarkonferenz genehmigten Kriegszielenkschrift der englischen Arbeiterpartei überein, so hätte doch die Resolution vor allem auf diese Denkschrift hinweisen müssen. Auch Richards fand es seltsam, daß die Kriegszielenkschrift vom 24. Februar in der Resolution gar nicht erwähnt werde, hielt aber die brutale Ablehnung der Burianschen Note durch die Vereinigte-Staaten-Regierung für berechtigt.

Schließlich beendete Compers den Streit mit einer Rede, in der er die schroffe Ablehnung des österreichischen Vorschlages durch Wilson billigte und die indirekte kritische Stellungnahme der Resolution gegen das amerikanische Verfahren als eine Überhebung der Konferenz bezeichnete, da diese nicht gegen eine verbündete Regierung derartige Vorwürfe richten dürfe. Er nähme deshalb an, daß der betreffende Passus der Resolution nicht an die Adresse der amerikanischen, sondern an die britische Regierung gerichtet sei. Er und der amerikanische Gewerkschaftsbund ständen bis zum äußersten fest hinter Wilson.

Das Ende der Debatte war, daß auf Vorschlag des Vorsitzenden die Konferenz die Resolution ohne Abstimmung durch allgemeine Zustimmung gutieß. Herr Compers hatte sogar schließlich noch in der Schlusssitzung die Genugtuung, daß die Versammlung sich außer für die Kriegszielenkschrift der Februarkonferenz auch formell für die vierzehn Punkte des Wilsonschen Kriegsprogramms erklärte.

Dieselbe Kriegsstimmung zeigte sich in den Verhandlungen über die Einberufung eines internationalen Arbeiter-Friedenskongresses. Während die amerikanischen Delegierten jede Verständigung mit den Sozialisten der Mittelmächte ablehnten und offen drohten, falls trotz ihres Protestes ein solcher Verständigungskongreß unter Teilnahme der deutschen Sozialisten zustande komme, würden sie diesen Kongreß boykottieren — eine Auslehnung gegen die Beschlüsse der interalliierten Februarkonferenz, in der sie von einem Teil der britischen Gewerkschaftsführer unter Führung von Thorne, Sexton und Thomas (nicht des früheren französischen Ministers Albert Thomas, sondern des Führers des englischen Eisenbahnerverbandes) unterstützt wurden —, hielt zwar die Mehrheit der Versammlung an dem Plan der Einberufung eines internationalen Arbeiter-Friedenskongresses auf neutralem Boden fest, verlangte aber, daß die deutsche Sozialdemokratie zunächst entsprechend dem Beschluß der Februarkonferenz gewisse Garantien bieten und deshalb ihre Zustimmung zu den

Grundsätzen der englischen Kriegszieldenkschrift, im besonderen zur Forderung der Rückgabe Elsaß-Lothringens an Frankreich und der vollen Entschädigung Belgiens, bekunden müsse. Einige englische und französische Delegierte meinten freilich, eine derartige vorherige Zusicherung könne nicht verlangt werden und würde das Zustandekommen einer allgemeinen Arbeiter-Friedenskonferenz verhindern, sie stießen mit dieser Ansicht aber auf den energischen Widerstand der großen Mehrheit. Auf englischer Seite war es vornehmlich der schottische Delegierte Kneeshaw (Vertreter der Unabhängigen Arbeiterpartei), der sich gegen solche Garantieforderung wandte. Er sagte: Der Geist und die Phraseologie der englischen Kriegszieldenkschrift widerspreche vernünftigen Erwägungen, und daher seien ihre Forderungen seiner Ansicht nach für Sozialisten unannehmbar. Der Glaube, militärische Erfolge vermöchten den Kampf zwischen Autokratie und Demokratie zu beenden, halte er für lächerlich; dieser Kampf müsse innerhalb eines jeden Landes selbst ausgefochten werden. Wenn es infam von Deutschland sei, zu Kriegszwecken in Belgien einzufallen und es besetzt zu halten, so sei es nicht minder infam von seiten der Entente, jetzt in Rußland einzudringen und Teile dieses Landes zu besetzen.

Die Rede verfezte die Versammlung in eine stürmische Aufregung und rief den bekanntesten Gewerkschaftshistoriker Sydney Webb, der bekanntlich den größten Teil der Kriegszieldenkschrift verfaßt hat, in die Kampfarena. Er verteidigte seine Leistung und erklärte, die englische Arbeiterschaft sei in ihrer großen Mehrheit bereit, den Krieg bis zu einem »zufriedenstellenden Ergebnis« fortzusetzen.

Nicht besser erging es Longuet, der ebenfalls meinte, man solle die Forderung fallen lassen, daß sich vor der Einberufung eines internationalen Friedenskongresses die deutsche Parteimehrheit auf die von der Februar-Konferenz genehmigte Kriegszieldenkschrift verpflichte. Die Zusage der Deutschen, auf Grund dieser Denkschrift und des Memorandums des holländisch-skandinavischen Komitees verhandeln zu wollen, könnten als ausreichend betrachtet werden. Ihm trat in anmaßendster Weise Henderson entgegen. Er warf Longuet vor, zwecklos wieder Fragen aufzurühren, die bereits die Februarkonferenz erledigt habe und mit deren Regelung damals auch die französische Delegation einverstanden gewesen sei. Die Einberufung einer »bedingungslosen« internationalen Friedenskonferenz lehne er mit der englischen Arbeiterschaft entschieden ab. Wolle Longuet eine solche Konferenz abhalten, müsse er auf die Teilnahme der englischen Arbeiterpartei verzichten. Vorbedingung der Zulassung der deutschen Mehrheitspartei zum Friedenskongress sei, daß sie sich vorher mit der Abtretung Elsaß-Lothringens und der vollen Wiederherstellung Belgiens einverstanden erkläre.

Die ganze Debatte bewies, daß die englischen Arbeiterführer — in Übereinstimmung mit den Zielen der Lloyd Georgeschen Außenpolitik — weit energischer auf der Abtretung Elsaß-Lothringens bestehen, als die Mehrzahl der französischen Sozialisten selbst.

Nicht weniger charakteristisch für den Geist der Londoner Anti-Friedenskonferenz waren die Verhandlungen über die Frage, ob die Entente in Rußland intervenieren und die bolschewistische Regierung stürzen solle oder nicht. Zwei Resolutionen lagen der Konferenz zur Beschlußfassung vor: eine

von französischer, italienischer und serbischer Seite eingebrachte Resolution, die sich gegen die Intervention in Rußland aussprach, und eine zweite von der amerikanischen Delegation gestellte, die im Interesse der Demokratie die bewaffnete Intervention verlangte, um den Einfluß der Mittelmächte auf die bolschewistische Regierung zu brechen. In der Diskussion begründete Longuet vom sozialistischen Standpunkt aus die ersterwähnte Resolution, während die Herren Kerenki und Vandervelde sich mit gehässigen Wendungen gegen die Bolschewiki für die Intervention erklärten. Nach Zurückweisung an die Kommission wurde zum Schlusse der Tagung die amerikanische Resolution in folgender verklausulierter Fassung angenommen.

Die Konferenz ist der Meinung, daß in Übereinstimmung mit Artikel 6 der vierzehn Punkte Wilsons die gegenwärtige Anstrengung der alliierten Regierungen, dem russischen Volke Beistand zu leisten, nur von dem aufrichtigen Wunsche geleitet werden darf, Freiheit und Demokratie zu erhalten, um den Frieden der Welt zu schützen, in dem die wertvollen Ergebnisse der Revolution dauernd gesichert werden können.

Eine geradezu lächerliche Phraseologie!

Die Verhandlungen der Konferenz beweisen aufs neue, daß wohl mit einem Teil der französischen Sozialisten, nicht aber mit der Mehrzahl der englischen Arbeiterführer eine Verständigung über einen sogenannten »demokratischen Friedensschluß« möglich ist — es müßte denn sein, daß der weitere Gang der Ereignisse die englische Arbeiterpartei zu einer starken politischen Schwenkung bestimmt. Das sieht man selbst in den Kreisen der wirklich sozialistischen Führerschaft Frankreichs ein, denn auch der von Jean Longuet und Paul Faure redigierte Pariser »Populaire«, das maßgebende Blatt der bisherigen französischen Minderheit, faßt sein Urteil über die Tagung in die Worte zusammen: »Aus dem Verlaufe der Konferenz ergibt sich der Eindruck, daß es von jetzt an nicht mehr möglich sein wird, irgendeine neue Konferenz unter ähnlichen Voraussetzungen einzuberufen, mit Elementen, die nicht sozialistisch oder gar dem Sozialismus feindlich gesinnt sind, wie die Arbeiterbündler aus Amerika und die italienischen Irredentisten, die instande sind, durch ihre Überzahl die wahrhaften Vertreter des Sozialismus zu erdrücken und auf diese Weise jede Verhandlung und jeden Beschluß zu fälschen.«

Die Staatsauffassung der Bolschewiki.

Von N. E. Verow.

Seit Monaten gefällt sich die kapitalistische Presse, vornehmlich der EntenteStaaten, in einer wilden Haß gegen das bolschewistische Regiment. Daß die goldene Internationale mit allen ihr zur Verfügung stehenden Mitteln der Verleumdung und Verdächtigung die revolutionäre Politik der Bolschewiki bekämpft, kann niemanden überraschen, der einige Kenntnis der Revolutionsgeschichte besitzt und weiß, in welcher Weise einst die reaktionäre Presse die Kämpfe der Jakobiner während der großen französischen Revolution und der sozialistischen Gruppen der Pariser Kommune verleumdet hat. Weniger verständlich ist es, daß auch ein Teil der sozialistischen Presse auf Grund parteiisch gefärbter Berichte in den Chorus